

SVD

Von: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
An: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
Gesendet: Mittwoch, 17. November 2010 04:40
Betreff: Fw: Newsletter Fuellmich 16.11.2010
 - Info via SVD -

Herr RA Dr. Fuellmich schreibt in einer mail vom 16.11.10 um 22:42 Uhr:

 ----- Original Message -----
 From: "newsletter www.fuellmich.com" <info@fuellmich.com>
 To: <webmaster@s-vd.de>
 Sent: Tuesday, November 16, 2010 10:42 PM
 Subject: Newsletter Fuellmich 16.11.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Newsletter-Themen im Ueberblick:

+-----+
. OLG Brandenburg vom 22.09.10, 3 U 8/10 gegen Deutsche Bank AG spricht den falschen und offenkundig ungereimten Sachvortrag der DB mit zwar zurueckhaltenden aber deutlichen Worten an
. weitere Meldungen:
- immer noch unsere Meinung: Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln, in dem mit Steuergeldern gerettete Banken auf 50% aller Verbraucherdarlehen verzichten
- Veranstaltung des Verbraucherzentralen Bundesverband (vzbv) vom 25.10.2010 mit diversen Vortraegen von Fachleuten und Politikern zeigt, dass sich bislang betreffend das "An die Kandare nehmen" der Banker nichts getan hat, so dass die erneut kurz vor dem Platzen stehende Finanzblase Wirtschaft und Politik unvorbereitet treffen duerfte
- Der Abwertungswettlauf der Waehrungen geht mit dem erneuten Anwerfen der Milliardendollardruckmaschine weiter
- Inflationsnaehe puscht den Goldpreis in die Naehue der 1500 Dollar-Marke
- Der amerikanische (Schrott-) Anleiheversicherer Ambac ist pleite

+-----+
 Die Gelddruckmaschinen laufen weiter heiss, insbesondere in den USA. Die frischen Milliarden werden aber von den ueberversorgten Banken nicht in den USA angelegt, etwa in Form von Darlehensvergaben an Verbraucher, sondern spekulativ dort wo es mehr Rendite gibt. In den USA liegt also der private Konsum weiter am Boden, und die Arbeitslosigkeit dort steigt weiter. Die Saecke voller billigen Geldes werden vielmehr in renditetraechtige Laender wie Brasilien und China investiert, wo ebenfalls Blasen dadurch entstehen, dass Leute, die sich eigentlich keine Immobilie leisten koennen, sich gleich mit mehreren eindecken, weil das Geld so billig ist.

Euroland ist abgebrannt und es ist fraglich, ob der Euro ueberleben wird; jedenfalls wird er den Dollar als Leitwaehrung wohl kaum abloesen. Nur in Deutschland, dessen Autos zwar- trotz riesiger Rabatte - nicht hier, aber in den USA und China - gekauft werden, scheint alles gut zu sein. Deshalb werden wir Portugal, Spanien, Griechenland, Irland und wohl auch Italien im Alleingang retten - ausser in den USA und/oder China platzt die neue Blase. Dann beginnt auch hier der Tag der Abrechnung, und es werden die lange mit Hilfe der Gelddruckmaschinen aufgeschobenen Massnahmen wie Pleiten von ueberfluessigen Banken und sonstigen Unternehmen stattfinden. Bislang wurde Feuer mit noch mehr

Feuer bekaempft: Billigem Geld, welches die Krise in 2008 ausloeste, folgte noch mehr billiges Geld. Aber ausser viel bedeutungsvollem Gerede davon, dass die Finanzmaerkte und Banken besser kontrolliert werden muessten, gab es keine Konsequenzen ausser der, dass alles in doppelter Geschwindigkeit wieder heiss gelaufen ist: Hoehere Bankerboni als in diesem Jahr (mit knapp ? 150 Milliarden) hat es noch nie gegeben.

Deshalb hilft es, wenn jetzt, im Angesicht der naechsten, wohl viel schlimmeren Katastrophe jedenfalls die Gerichte in den Banksachen wieder funktionieren und so nicht in Vergessenheit geraet, dass es die Banken mit ihren Schrottimmobilienfinanzierungen und dem darauf folgenden Verpacken dieser Kredite in "Wert"papiere waren, die uns den unausweichlichen Tag der Abrechnung eingebrockt haben. Das nachfolgend in Auszuegen wiedergegebene Urteil des OLG Brandenburg zeigt in seinen wenngleich noch zurueckhaltenden Formulierungen, dass auch und gerade dieses Gericht mit den offenkundigen Luegengeschichten der Deutschen Bank, ihrer Zeugen und Anwaelte keine Geduld mehr hat.

I. Urteil des OLG Brandenburg vom 22.09.10, Az. 3 U 8/10

Es geht um eine von 141 Vollfinanzierungen, die die Deutsche Bank zur Durchfinanzierung der Wohnanlage Oldenburg Metjendorf durchfuehrte. Hintergrund sind entsprechende Vertriebs- und Finanzierungsabsprachen zwischen der Deutschen Bank einerseits und der Koelner Firma CBS andererseits. Die CBS war einer der wichtigsten Darlehensvermittler der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank gab ihr deshalb den "Vermittlerschluesel 66 7". Die CBS wiederum liess die mit der Deutschen Bank getroffene Finanzierungs- und Vermittlungsvereinbarung betreffend diese Wohnanlage in Abstimmung mit der Deutschen Bank vom Schaul-Vertrieb mit Hilfe eines so genannten "Objektspiegels" (= ein Zettel, auf welchem unter anderem der Name der Wohnanlage und die Filiale Stuttgart der DB als finanzierende Bank angegeben war) ausfuehren, so dass ausschliesslich Deutsche Bank Finanzierungen vermittelt werden durften.

Ansonsten lief die Vermittlung auf die uebliche Art und Weise: Mit Hilfe des Prospektes und des diesen zusammenfassenden Berechnungsbeispiels wurden die Darlehensnehmer getaeuscht ueber die wahre Hoehe der von ihnen zu zahlenden Wohnungsvermittlungsprovision (von insgesamt 21,66 % wurden nur 3,42 % offen gelegt und weitere 18,24 % mit Wissen und Wollen der Deutschen Bank versteckt), die nachhaltig erzielbare Miete und die wahre Rolle der CBS. Die CBS stand ja in Wahrheit als Darlehensvermittlerin der Deutschen Bank auf der Gegenseite des Geschaefts. Und als Prospektverantwortliche hatte sie nicht nur in Abstimmung mit der Deutschen Bank 4,6% vom Gesamtkaufpreis fuer sich selbst kalkuliert, sondern obendrein die Innenprovision in Hoehe von weiteren 18,24% auf die Kaufpreise des Bautraegers Oetken kalkuliert und sodann im Prospekt versteckt (was entsprechend den Kaufpreis, die Darlehenszinsgewinne und die Gewinne aus den 4,6% fuer die CBS um 18,24% erhoehte).

Es handelt sich hier um ein so genanntes Jahresendgeschaefft, in welchem bekanntlich bei der Deutschen Bank ohnehin niemand darauf achtete, ob angebliche Bevollmaechtigte auch wirklich bevollmaechtigt waren. Das ergibt sich in den allermeisten Jahresendgeschaeftsfaellen bereits aus der Urkundenlage, so dass die Deutsche Bank und ihr RA Dr. Salger seit Jahren hochprofessionell (und bisweilen auch erfolgreich) die Gerichte beluegen und - man glaubt es kaum - behaupten konnten, diese Urkundslage, wonach Vollmachten erst lange nach Vertragsschluss bei der Bank eingingen, sei falsch und nicht aussagekraeftig. Die entsprechenden Daten auf den Darlehensvertraegen seien leider manipuliert, konkret: "rueckdatiert" worden. Das heisst: Wenn ein Darlehensvertrag z.B. ein Datum vom 27.12.1991 traegt, leider die Urkundslage (ein Übersendungsschreiben der Treuhaender) aber belegt, dass der Bank erst im Februar 1992 eine Vollmacht zugeing, behaupten die DB und Dr. Salger allen Ernstes, der Darlehensvertrag sei erst im Februar 1992

unterschieden und sodann auf das Datum 27.12.1991 "rückdatiert" worden. Herr Eppler von der DB erkaarte dazu - wiederum allen Ernstes - dies sei geschehen, um den Darlehensnehmern bei einer Steuerhinterziehung zu helfen, deshalb habe ueber diese Praxis auch nichts schriftliches existieren duerfen (und manche Gerichte glaubten dies, nicht aber das OLG Brandenburg).

Die Schreiben, mit welchen den Darlehensnehmern im obigen Beispiel im Februar 1992 (handschriftlich angekreuzt) mitgeteilt wird, dass noch eine Vollmacht vom "Treuhänder" eingeholt werden muesse, haetten keine Bedeutung, man sei damals in der Bank schlicht zu bloed gewesen, richtig zu dokumentieren und ordentliche Schreiben zu versenden, denn die Sache mit den Zahlen und Buchstaben empfinde man in der Deutschen Bank doch als besonders extreme intellektuelle Herausforderung, der man nicht so einfach gewachsen sei (das allerdings war wohl nicht bloss damals so). Auch das nahmen manche Gerichte hin, nicht aber das OLG Brandenburg. Einen besonders kreativen Umgang mit der Wahrheit (= eine besonders dreiste Prozessluege) zeigten die Deutsche Bank und Dr. Salger betreffend die Frage, wie es denn kommen konnte, dass schon Darlehensauszahlungen im Dezember 1991 stattfanden, obwohl doch angeblich ein Darlehensvertragsschluss erst im Februar 1992 erfolgt sei. Denn ohne Darlehensvertrag kann es ja, wie jeder weiss, auch keine Darlehensauszahlungen geben. Wie will denn eine Bank ausgezahlte Darlehensvaluta zurueckbekommen, wenn sie keinen Darlehensvertrag hat, auf dessen Grundlage sie zurueckfordern koennte? Nun, so Dr. Salger und die Deutsche Bank und der seit Jahren die deutschen Gerichte systematisch beluegende Zeuge Bernhard Scheck von der DB: Das seien eben "Vorabauszahlungen" mit "Rueckbuchungsvereinbarungen" gewesen, die man da mit den Empfaengern der Darlehensvaluta geschlossen habe. Eppler (immerhin ein hochrangiger leitender Mitarbeiter der Deutschen Bank und ehemaliger Vorgesetzter des Berufsluegners Bernhard Scheck) erkaarte auf die Frage, wieso es so etwas denn nicht schriftlich gebe, man habe ja die Finanzaemter auf diese Praxis nicht gerade aufmerksam machen wollen. Schliesslich gab Frau Rothaermel von der DB am 18.08.08 vor dem OLG Oldenburg zu, dass so etwas bei der Deutschen Bank in Wahrheit (natuerlich) unzuulaessig war.

Erstinstanzlich hatte die DB in dem jetzt entschiedenen Rechtsstreit nicht einmal das ueblicherweise von ihr sonst uebergegebene Schreiben der CBS in den Prozess eingefuehrt, mit welchem angeblich immer Vollmachtsausfertigungen uebersandt wurden. Zweitinstanzlich tauchte dann ploetzlich ein solches Schreiben auf. Natuerlich bestritten wir dessen Echtheit, nachdem die DB in anderen Faellen nicht davor zurueckgeschreckt war, Daten auf Darlehensvertraegen sogar mit Tipp-Ex zu manipulieren (die ARD berichtete), um einen anderen Zeitpunkt des Darlehensvertragsschlusses zu suggerieren.

Mit diesem wahren Dickicht an Prozessbetrug, falscher uneidlichen Aussagen und gleich mehrfachem Meineid (seitens Bernhard Scheck) raeumte das OLG Brandenburg in diesem Falle auf und liess sich nicht fuer eine Sekunde beirren.

Erstinstanzlich hatte sich bereits das LG Potsdam unbeeindruckt von diesem ueblichen Wust an Luegen und Falschaussagen gezeigt. Dort hatte die Deutsche Bank zunaechst Zeugen dafuer benannt, dass ihr rechtzeitig eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen habe (Frau Rothaermel). Dann stellte sich heraus, dass das die falschen Zeugen waren, Frau Rothaermel hatte gar nichts geprueft. Die Deutsche Bank benannte dann einen anderen Zeugen, der angeblich geprueft habe, einen gewissen Herrn Baumann. Als dieser einvernommen wurde, erkaarte er wiederum, er haette nicht geprueft, sondern die andere Zeugin (Frau Rothaermel) haette geprueft. Dann reichte es dem LG Potsdam und der von der Bank zu fuehrende Beweis wurde als nicht gefuehrt zurueckgewiesen und unserer Klage stattgegeben.

Das OLG aeussert sich zu der Beweisaufnahme und zum geradezu irren Vortrag der DB und ihres Anwalts Dr. Salger wie folgt:

"Den danach ihr obliegenden Beweis fuer den wirksamen Abschluss eines Darlehensvertrages am 22.12.1992 hat die Beklagte nicht fuehren koennen. Die Beweiswuerdigung des Landgerichts ist moeglich, nicht zu

beanstanden und auch der Senat kommt zu keinem anderen Ergebnis. Die Bekundungen der Zeugin Rothaermel, die zum streitgegenstaendlichen Vertragsabschluss keine konkreten Angaben machen konnte, gingen ueber die Schilderung einer allgemeinen Handhabung bei der Beklagten nicht hinaus. Der Schluss von einer allgemeinen Handhabung auf das Vorgehen in einem konkreten Einzelfall ist allerdings keineswegs zwingend und das Landgericht musste ihn auch nicht ziehen.

Die Beklagte wird, wie sie verkennt, insoweit auch vor keine unerfuellbaren Beweisanforderungen gestellt. Sie befindet sie sich vielmehr in einer selbst verursachten Beweisnot, wenn sie die Vorlagevermerke auf ihrer Geschaeftskorrespondenz nicht einmal datieren und verantwortbar unterschreiben laesst oder davon absieht, in nahe liegender Umsetzung der sie nach § 257 HGB treffenden Pflicht zu einer geordneten Aufbewahrung wohl geordnete Kreditakten hinreichend aussagefaehig zu fuehren. Derartige Unterlassungen rechtfertigen es nicht, das Beweismass bei der Wuerdigung angebotener Zeugen, einem bekanntermassen unzuverlaessigen Beweismittel (vgl. Schellhammer, Zivilprozess, 12. Aufl., Rn. 628), unter die ueblichen Anforderungen zu senken.

Insbesondere begegnet es keinen beweisrechtlichen Bedenken, aus den lediglich allgemein geschilderten Ablaeufen zur Übermittlung einer Vollmachtsausfertigung keine tragenden Rueckschluesse auf die konkrete Übermittlung der hier streitgegenstaendlichen vierten Ausfertigung vom 15.10.1992 zu ziehen.

Ohne Verstoss gegen allgemeine Beweiswuerdigungsregeln durfte das Landgericht auch die fehlende Vorlage eines Übersendungsschreibens der CBS an die Klaegerin zu deren Lasten, als Zweifel begruendend, beruecksichtigen, da eine Partei im Zivilprozess ihre guenstige Korrespondenz erfahrungsgemaess in das Verfahren einfuehrt, und ein fehlendes Vorlageschreiben unplausibel war."

Wie oben schon angemerkt: Erst in zweiter Instanz versuchte die Bank dann mit einem in erster Instanz von ihr zurueckgehaltenden Übersendungsschreiben Boden gut zu machen. Da wir ja bei der Deutschen Bank schon mehrfach erlebt haben, dass Unterlagen z. B. mit Tipp-Ex verfaelscht wurden, um Darlehensvertragsdaten zu verschleiern, haben wir natuerlich die Echtheit auch dieses ploetzlich aufgetauchten Schreibens bestritten. Deshalb war das Ganze in zweiter Instanz nicht mehr zuzulassen. Dazu aeussert sich das OLG ebenso:

"Ihr zweitinstanzliches Vorbringen hierzu ist nicht zuzulassen, § 531 Abs. 2 ZPO. Es ist neu im Sinne dieser Bestimmung, die Klaeger haben es bestritten und die Zulassungsvoraussetzungen hat die Beklagte nicht dargetan. Vielmehr hat sie erheblich gegen ihre Prozessfoerderungspflicht verstossen, indem sie es unterlassen hat, waehrend des Verfahrens vor dem Landgericht mit der gebotenen Sorgfalt den Verbleib der nach § 257 HGB geordnet aufzubewahrenden Geschaeftskorrespondenz zu ermitteln."

Nachdem die Deutsche Bank mehrfach offenkundig falsch vorgetragen hat, dass die Daten in einem so genannten Pruefstempel auf den Darlehensvertraegen mit der Urkundsrollennummer, dem Notarnamen und dem Datum der Beurkundung der Vollmacht, nur aus einer Vollmachtsausfertigung entnommen sein konnten, sich dann aber herausgestellt hatte, dass sie solche Daten auch aus Notarbestaetigungen und aus einem Fauxausdruck oder einer Kopie einer Vollmacht entnahm, wandte sich das OLG auch dieser von vorn bis hinten falschen Aussage der Beklagten zu und erklarte dazu:

"Das Vorhandensein der Ausfertigungsdaten in dem Vorlagestempel zwingt gleichfalls zu keiner anderen Beweiswuerdigung. Zum einen kommen alternative Kenntnisquellen der Beklagten in Betracht, wie etwa eine blosser Notarbestaetigung oder ein Fauxausdruck. Dass es Faelle dieser Art gab, hat die Zeugin wiederholt bekundet, beispielsweise bei ihrer Vernehmung am 10.7.2008 vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) - 31 O 165/07 - (vgl. K 53, 283, 284 R.). Die Annahme, dass derartige Erkenntnisquellen statt des Originals oder einer Ausfertigung ausschliesslich im so genannten Jahresendgeschaef mit Eingaengen und Abschlussnotwendigkeiten in der zweiten Dezemberhaelfte, nicht aber

etwa in anderen Zeiten gesteigerten Geschäftsanfalls oder bei sonstigen Engpässen herangezogen wurden, erscheint keineswegs zwingend. Hier wurde der Zeuge Baumann mit zur Unterzeichnung des streitgegenständlichen Darlehensvertrages herangezogen, weil es eine Personallücke in der Steuermodellgruppe gab (vgl. 302 GA)."

Im Übrigen ist inzwischen gerichtsbekannt, dass bei der Deutschen Bank Darlehensverträge sogar rückdatiert wurden. So jedenfalls behauptet es die Deutsche Bank, Dr. Salger und die offenbar von ihr bestens instruierten Zeugen; ihre Anwältin Dr. Schmidt-Naumann hatte diesen Unfug sogar vor dem OLG Frankfurt zu Protokoll erklärt. Daher wandte sich das Gericht auch diesem Thema zu, nahm die Beklagte beim Wort und erklärte dazu:

"Davon abgesehen lässt sich nicht ausschließen, dass die Angaben im Prüfvermerk erst geraume Zeit nach dem 22.12.1992 eingesetzt wurden und das Unterschriftsdatum rückdatiert wurde. Dass bei der Beklagten Darlehensverträge über ein Jahresende hinaus vom neuen Jahr auf das alte Jahr rückdatiert wurden, hat die Beklagte eingeräumt (vgl. 303 GA). Dass die Unterschriften der Beklagten tatsächlich am 22.12.1992 geleistet wurden, konnte auch keiner der Zeugen bestätigen. Die Zeugin Rothaermel hat bei ihrer Vernehmung am 09.06.2009 angegeben, den Datumsstempel wahrscheinlich nicht aufgebracht zu haben (vgl. 357 GA) und der Zeuge Baumann hat bei seiner Vernehmung am 21.08.2009 angegeben, weder auf das Unterschriftsdatum geschaut zu haben, noch den Datumsstempel seinerseits aufgebracht zu haben (vgl. 441 GA)."

Überaus seltsam ist auch, dass ein Darlehensvertrag der schon auf den 22.12.1992 datierte, erst am 25.03.1993 überhaupt an die Kunden versandt wurde. Auch dazu äußert sich das Oberlandesgericht:

"Ferner konnte die Zeugin Rothaermel keine nachvollziehbare Erklärung dafür abgeben, warum der auf den 22.12.1992 datierte Darlehensvertrag erst am 25.03.1993 versandt wurde. Dies kontrastiert merklich damit, dass sich die Beklagte bereits am 28.12.1992 zur Versendung einer ersten Auszahlungsbestätigung in der Lage sah (vgl. B 7, 149 GA) und am 08.02.1993 zur Versendung eines zweiten Darlehensauszahlungsscheibens (vgl. B 19, 614 GA)."

Die Deutsche Bank hatte hier, wie in vielen anderen Fällen auch, den Klägern überdies ein Merkblatt übersandt, aus welchem hervorgeht, dass zum Zeitpunkt des Darlehensvertragsschlusses und sogar der Übersendung des Darlehensvertrages an den Kunden überhaupt keine Vollmacht vorlag, sondern diese erst noch bei der CBS nachgefordert werden musste. Dieses Merkblatt hatte sie aber zurückgehalten, um den Brandenburger Senat nicht auch noch auf diese Ungereimtheit aufmerksam zu machen. Glücklicherweise hatten die Kläger hiervon noch eine Kopie und konnten sie übergeben. Dieses seltsame Prozessverhalten kommentierte der Senat wie folgt:

"Im Rahmen der Gesamtwürdigung des Prozessverhaltens (§ 286 ZPO) der Beklagten fällt weiter auf, dass sie entgegen der sie treffenden Pflicht zum vollständigen Sachvortrag (§ 138 Abs. 1 ZPO) ihre am 25.03.1993 versandte Darlehensbestätigung ohne das zugehörige Merkblatt zur Akte gereicht hat (vgl. B 4, 145 GA), obwohl das zugehörige Merkblatt (vgl. K 80, 485 GA) Bestandteil der Korrespondenz war, die die notarielle Vollmacht als von der Beklagten noch anzufordernd darstellte und deshalb einen erheblichen Erläuterungsbedarf mit sich brachte. Soweit die Zeugin Rothaermel, wie von der Beklagten vorgetragen, in anderen Verfahren angegeben hat, ihr sei schon damals aufgefallen, dass der zweite Teil des Merkblattes zur Darlehensvertragsübersendung unglücklich sei, sie dies auch beanstandet habe, hieran aber nichts geändert worden sei, trägt auch dies einen zu Zweifeln Anlass gebenden Schluss auf mangelhafte Betriebsabläufe bei der Beklagten."

Dann kommen wunderbarste Ausführungen des Senats zu der wiederum glatt gelogenen Tatsachenbehauptung der Deutschen Bank, dass ihre Darlehensverträge nicht durch Unterzeichnung und Auszahlung zustande kämen (weil da nämlich häufig keine Vollmachten vorlagen, sondern die DB blind auf ihre hervorragende Zusammenarbeit mit ihren Darlehensvermittlern von der CBS vertraute), sondern erst durch

Übersendung an den Kunden - obgleich vorher schon alle Auszahlungen erfolgt waren (wie geht das? Wie kann man Darlehensbeträge auszahlen, ohne dass es einen Darlehensvertrag gibt?):

"Deren Ansicht, es käme ohnehin auf den Zeitpunkt der Übersendung des unterschriebenen Vertrages an, vermag sich der Senat nicht anzuschließen. Die Vollmacht oder deren Ausfertigung muss als Rechtsscheinsgrundlage (§§ 171ff BGB) bei Abschluss des Vertrages vorliegen, also bei dessen Zustandekommen. Hier ist der Vertrag - wie im Termin nochmals erörtert - gemäss § 151 S 1 BGB zustande gekommen. Die Beklagte hat durch die Valutierung auf die Vertragskonten ihren Annahmewillen objektiviert und die CBS hat auf den Zugang einer Annahmeerklärung stillschweigend verzichtet, spätestens indem sie - nach Übersendung des Darlehensvertragsangebotes vom 07.12.1992 ersichtlich in der Erwartung völligen Einverständnisses (vgl. hierzu Eckert in BeckOK BGB § 151 Rn.14 Ed. 18) - über die ihr bereitgestellte Valuta verfügt hat, und zwar geraume Zeit vor Übersendung der auf den 22.12.1992 datierten schriftlichen Annahmeerklärung (vgl. Valutierungsbestätigungen vom 28.12.1992, B 7, 149 GA und 08.02.1992, B 19, 614 GA). Zudem war der Geldabfluss noch im alten Jahr zur Erlangung von Steuervorteilen besonders eilbedürftig (vgl. hierzu Kramer, in: MueKo, BGB, 5. Aufl., § 151, Rn. 54 m.w.N.). Das Schriftformerfordernis des § 4 Abs. 1 VerbrKrG steht, entgegen der Auffassung der Beklagten, einem konkludenten Verzicht auf den Zugang der Annahmeerklärung gemäss § 151 BGB nicht entgegen (vgl. BGH, Urteil 27.04.2004 - XI ZR 49/03 T WM 2004, 1381)."

Die Beklagte versuchte dann noch das Gericht davon zu überzeugen, dass ja vielleicht die Zwischenfinanzierung vom 22.12.1992 unwirksam sei, aber nicht die Endfinanzierung (bzw. deren kleinster Teil) vom 30.09.1992. Tatsache ist aber, dass in diesem, wie auch in vielen anderen Fällen, beide Verträge gleichzeitig geschlossen wurden und nur noch ein kleiner Teil der Endfinanzierung Monate später kam. Es ist also ganz offensichtlich, dass beide Verträge miteinander stehen und fallen sollten. Im Übrigen würde, so der Senat zutreffend, bei einer Einzelbetrachtung der Darlehen, nämlich einer isolierten Betrachtung des letzten Endfinanzierungsvertrages über bloss noch 23.000,00 DM der letzte Vertrag wegen krasser Übersicherung (mit einer sechsfach überhöhten Forderung von 136.983,00 DM) ohnehin nichtig sein:

"Gegen die vom Landgericht erkannte Erstreckung der Unwirksamkeit des Zwischenfinanzierungsvertrages vom 22.12.1992 auf den Endfinanzierungsvertrag vom 30.9.1993 nach § 139 BGB hat die Beklagte mit der Berufungsbegründung keine Angriffe geführt. Soweit sie erstmals mit dem im Termin überreichten Schriftsatz die landgerichtliche Beurteilung des Geschehens vom 30.09.1993, aus dem die Beklagte die Vollstreckbarkeit der Urkunde erstinstanzlich gesondert und eigens hergeleitet hatte, zu bekaempfen versucht, bestehen bereits Bedenken gegen eine insoweit zulaessige Berufung. Das Vorbringen gibt aber auch inhaltlich keine Veranlassung zu einer anderen rechtlichen Beurteilung.

§ 139 BGB ist anwendbar, denn er erfasst, wie die Beklagte verkennt, alle Arten der Unwirksamkeit, und damit auch die schwebende Unwirksamkeit (vgl. Palandt/Ellenberger, BGB, 68. Aufl., § 139, Rn. 2 m.w.N.), wie sie hier das vollmachtlose Vertretergeschäft mit sich bringt. Dafür, dass beide Finanzierungsverträge, wie vom Landgericht tragfähig festgestellt, miteinander "stehen und fallen" sollten, sprechen schon augenscheinlich die Durchstreichungen der nach VerbrKrG für ein Einzeldarlehen vorgesehenen Textvorgaben auf dem Vertrag vom 30.09.1993.

Davon abgesehen fehlte es selbst bei einer Einzelbetrachtung dieses Darlehensvertrages an einer wirksamen Verpflichtung der Kläger zur Abgabe einer persönlichen Unterwerfungserklärung. Bei einem Kreditvolumen von nur 23.293,30 DM am 30.9.1993 wäre die Beklagte mit einem Schuldanerkenntnis (§ 780 BGB) und einer persönlichen Unterwerfung der Kläger in ihr gesamtes Vermögen über eine nahezu sechsfach höhere Forderung von 136.983 DM krass übersichert, § 138

BGB."

II. Veranstaltung am 25.10.10 beim VzBV zur Frage, wie eine Finanzmarktreform auch die zur Zeit wieder wild herumspekulierenden Banken angemessen reguliert

Die Veranstaltung war gut besucht, u.a. auch von vielen Vertretern aus Institutionen, die irgendetwas mit Verbraucherschutz zu tun haben, aber auch anderen, wie z.B. einer Vertreterin der franzoesischen Botschaft oder Vertretern von Genossenschaften und Ähnlichem. Etwa 100 Personen befanden sich im Auditorium.

Gerd Billen, der Vorstand des VzBv war sehr gut und fand auch deutliche Worte zu insbesondere den Schrottimmobilienfinanzierungen, mit denen die Banken bislang immer noch ungehindert durch die Lande ziehen.

Ein Mitglied des Europaeischen Parlaments und Mitbegründer von Attac Deutschland, Sven Giegold, berichtete darueber, was auf Europaeischer Ebene laeuft. Dort ist man schon sehr viel weiter als jedenfalls hier in Deutschland.

Ein Herr Sell vom BaFin zeigte sich so braesig wie ich das BaFin die ganze Zeit auch kennen gelernt hatte, als auf unsere Anschreiben entweder gar keine Antwort oder nur irgendein duemmliches Formblatt kam: Man will dort, obwohl Verbraucherschutz neben der Solvenzaufsicht eine von zwei Kernaufgaben ist, eigentlich gar nichts mit Verbraucherschutz zu tun haben.

Manfred Westphal vom VzBv hielt einen sehr schoenen Vortrag zu den Unzulaenglichkeiten der bisherigen Finanzmarktregulierung und des Verbraucherschutzes innerhalb dieser Regulierung.

Überaus interessant war auch der Vortrag von Herrn Thorun dazu, wie die Dinge in England und Irland laufen. Dort hat man eine eigene Verbraucherschutzorganisation aufgebaut, die sehr schlagkraeftig dafuer sorgt, dass Banken und andere Finanzinstitute eben nicht mehr unkontrolliert Verbraucher ueber den Tisch ziehen, wie bei uns; dasselbe gilt fuer die USA, wo inzwischen mit dem Consumer Protection Bureau unter Elizabeth Warren eine aeusserst schlagkraeftige und unabhaengige Organisation zum Verbraucherschutz im Bereich Finanzmaerkte existiert. In Deutschland sehen wir dagegen absolut schlecht aus und hat Verbraucherschutz im Vergleich eine eher neandertalmaessige Qualitaet.

Nach diesen Vortraegen kam es zu einer Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Bundestages aus allen Parteien. Ein gewisser Herr Brinkhaus von der CDU duempelte selbstgefaellig und bemueht witzig vor sich hin. Er entpuppte sich aber leider nur als noch dazu schlechte Karikatur des vergangenen Laurenz-Meyer. Der SPD-Mann Zoellmer, ein Lehrer, war auch nicht gerade der Hit, sondern duempelte auch eher vor sich hin. Ein mehr oder weniger namenloser FDP Mann hatte praktisch gar nichts zu erzaehlen, ausser das man in die Maerkte besser gar nicht eingreifen sollte.

Ein grosser Lichtblick war der hoch engagierte und sachkundige Dr. Gerhard Schick von den Gruenen. Er ist auch finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Buendnis 90/Die Gruenen und war Mitglied im HRE Untersuchungsausschuss. Mit so jemanden kann man Krieg fuehren. Auch gar nicht mal so schlecht war der Mann von den Linken, Axel Troost.

III. Weitere Meldungen

Die naechste Blase kommt bestimmt

Marc Faber, Schweizer Vermoegensverwalter und aufgrund seiner pessimistischen Aussagen auch als "Dr. Doom" bekannt, kritisiert die lockere Geldpolitik der USA. Er warnt vor dem Entstehen neuer Boersenblasen.

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Marc-Faber-warnt-vor-der-naechsten-Blase->

</story/16569287>

Magier Bernanke oeffnet wieder die Schleusen

Was sich seit Wochen abgezeichnet hatte, verdichtet sich nun: Die Federal Reserve plant offenbar, schon in der kommenden Woche ein Aufkaufprogramm fuer US-Staatsanleihen aufzulegen. Analysten von Goldman Sachs erwarten Anleihekaeufer im Volumen von rund 500 Mrd. Dollar oder etwas mehr ueber einen Zeitraum von etwa sechs Monaten; bei der Unicredit geht man eher von 300 bis 500 Mrd. aus. Das Wall Street Journal kritisiert den "Magier der Lockerung" (Anspielung auf Bernankes Strategie der Quantitativen Lockerung), der aktuell dieselben Mittel einsetze (billiges Geld), die zur Finanzkrise gefuehrt haetten. Wirtschafts-nobelpreistraeger Paul Krugman geht davon aus, dass trotz fortgesetzter Lockerung die Inflationsrate weiter sinken werde, da sich an der Arbeitslosenquote zunaechst nichts aendern werde. GMO-Vermögensverwalter Jeremy Grantham malt in seinem Newsletter den Zombie an die Wand (Foto) und spricht sich dafuer aus, dass sich die US-Notenbank kuenftig nur noch auf Inflations-Management konzentriert. (s. "Koepfe")

http://online.wsj.com/article/SB10001424052702303891804575576533845166848.html?mod=WSJEUROPE_hpp_LEFTTopWhatNews

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE69Q0CP20101027>

<http://krugman.blogs.nytimes.com/2010/10/26/do-investors-expect-too-much-from-bernanke/>

<http://www.marketwatch.com/story/fed-zombies-hungry-for-quantitative-easing-2010-10-26>

Rueckkehr der faulen Kredite

Immer mehr Griechen haben Schwierigkeiten, ihre Darlehen zu bedienen. In vielen privaten Haushalten wird das Geld knapp. Dadurch steigt der Anteil der faulen Kredite von Monat zu Monat. Dies belastet die griechischen Banken - sie muessen Abschreibungen in Milliardenhoehe vornehmen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/griechenland-hohe-kreditausfaelle-belasten-die-banken:2681245>

Fed-Politik macht alles schlimmer

Mohamed A. El-Erian, Vorstandsvorsitzender der Allianz-Tochter Pacific Investment Management Co. (Pimco), die den weltgroessten Anleihefonds verwaltet, hat die Politik der US-Notenbank scharf kritisiert. Die angekueundigten Anleihekaeufer der Federal Reserve wuerden voraussichtlich die weltweite Inflation anheizen - und nicht dazu beitragen, dass die Arbeitslosenrate in den USA sinkt. Mit Blick auf Griechenland erklarte El-Erian, das Land werde in den naechsten drei Jahren voraussichtlich einen Zahlungsausfall anmelden.

<http://www.bloomberg.com/news/2010-10-25/pimco-s-el-erian-says-fed-treasury-purchases-may-disappoint.html>

http://www.cash.ch/news/alle/zahlungsausfall_von_griechenland_in_drei_jahren-963188-448

Ben Bernanke: Angstloeser oder Kriegsherr?

Die US-Notenbank will bis Ende des zweiten Quartals 2011 weitere Staatsanleihen fuer 600 Mrd. Dollar kaufen - und polarisiert mit der Entscheidung die Finanzwelt. Statt sich der ueberbordenden

Schuldenproblematik zu stellen und entsprechend schmerzhaftes Verändern im Land einzuleiten, bleibe Stimulus auf Pump die einzige Strategie der US-Oberen, kritisiert das Handelsblatt. Ex-Mister-Dax Dirk Mueller schimpft ebenfalls auf seiner Cashkurs-Seite: "Die Blase der Staatsanleihen wird nochmals mit Macht aufgepustet und das, obwohl sie ohnehin schon kurz vor der Explosion steht." Ähnlich schwarzmalend zeigt sich der Ökonom Anders Åslund im Manager Magazin: Ben Bernanke riskiere mit seiner Geldschwemme einen globalen Wirtschaftskrieg - und neue Banken-Crashes. Dagegen sieht die FTD im Öffnen der Geldschleusen das "richtige Mittel gegen die Angstblockade". Innerhalb der Fed sei höchst umstritten, ob sich die Quantitative Lockerung positiv auf die Wirtschaft auswirken werde, schreibt Fortune. Doch angesichts der Arbeitslosenquote, Inflationsentwicklung und der Tatsache, dass sich Politiker lange der Verantwortung für nationale Probleme entzogen hätten, fühlten sich Bernanke & Co. verpflichtet zu handeln.

<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/der-naechste-stimulus-fed-dreht-am-geldhahn;2685574>

<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/us-geldpolitik-bernankes-richtiges-mittel-gegen-die-angstblockade/50190603.html>

<http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0,2828,726722,00.html>

http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703506904575592471354774194.html?mod=WSJEUROPE_hps_LEFTTopStories

<http://www.businessweek.com/news/2010-11-03/fed-bond-buying-may-risk-price-rise-similar-to-2004.html>

Deutsche sind Europas Goldhamster

Die Angst vor einer Mega-Inflation geht um. Staatsschulden und Notenbankpolitik laufen aus dem Ruder. Das zwingt Anleger ins krisensichere Metall.

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/rohstoffe/begehrter-rohstoff-deutsche-sind-europas-goldhamster;2683970>

Anleiheversicherer Ambac steht vor der Pleite

Der mit Milliarden in der Kreide stehende US-Anleiheversicherer Ambac steht kurz vor der Pleite. Derzeit werde mit einem Ausschuss vorrangiger Gläubiger über einen vorgefertigten Insolvenzplan gesprochen, teilte das zu den größten Anbietern der Branche gehörende Unternehmen mit. Wenn man sich nicht in absehbarer Zeit einigen könne, werde Ambac noch vor Jahresende Antrag auf Gläubigerschutz (Chapter 11) stellen. Ambac war Ende Juni mit 1,6 Milliarden Dollar (1,1 Milliarden Euro) verschuldet. Für die Financial Times zeigen sich hier die letzten Nachwehen der Finanzkrise.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/wall-street-in-not-anleiheversicherer-ambac-steht-vor-der-pleite;2683746>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,726557,00.html>

<http://www.ftd.de/finanzen/derivate/nachwehen-der-immobilienkrise-us-anleiheversicherer-ambac-vor-der-pleite/50189775.html>

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1062259>

<http://online.wsj.com/article/BT-CO-20101101-712290.html>

Ambac beantragt Glaebigerschutz

Wieder ein Finanzbranchen-Konkurs in den USA. Der Bondversicherer Ambac hat Glaebigerschutz nach Chapter 11 beantragt. Hauptglaebiger ist die BNY Mellon.

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/608764/Spaetes-FinanzkrisenOpfer_USVersicherer-Ambac-pleite-?_vl_backlink=/home/wirtschaft/index.do

<http://dealbook.nytimes.com/2010/11/08/ambac-files-for-bankruptcy/?src=busln>

Kleine zahlen die Zeche

Waehrend alle Welt das Ende der Finanzkrise feiert und Grossbanken schon wieder Milliardengewinne machen, geht das Bankensterben unvermindert weiter - noch heftiger als im Krisenjahr 2009. Jetzt traf es erneut eine Regionalbank in den USA. Ein Grund: Die Grossen bekamen Milliardenhilfen, dagegen schleppen die kleinen Banken die Schulden ihrer Kunden mit und ersticken daran. Laut WSJ stieg die Arbeitslosenquote in der US-Finanzbranche von August bis Oktober von 6,3 auf 6,7 Prozent.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/bankensterben-die-kleinen-zahlen-die-zeche:2687358>

<http://blogs.wsj.com/deals/2010/11/05/jobs-report-more-wall-streeters-hunting-for-work/>

Mach's nochmal Uncle Sam

Die Riesen-Finanzspritze, die die US-Regierung bislang mit Steuermitteln fuer die US-Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac aufgezogen hat, reicht immer noch nicht aus. Nach dem juengsten Quartalsverlust hat Fannie Mae weitere 2,5 Mrd. Dollar beantragt, um die klamme Kasse zu fuehlen. Insgesamt haben die beiden Unternehmen dann seit der Verstaatlichung 153 Mrd. Dollar kassiert.

<http://finance.fortune.cnn.com/2010/11/05/fannie-freddie-tab-hits-153-billion/>

Soweit diese Meldungen.

Mit den besten Gruessen

Reiner Fuellmich

Impressum

Dieser Newsletter ist ein kostenloser Service der:

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuellmich & Associates
Senderstr.37
37077 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 209 120
Fax: +49 (0)551 209 12144
E-Mail: info@fuellmich.com
Internet: www.fuellmich.com

Haftungsausschluss und Vervielfältigung

Alle Beiträge dieses Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Der Newsletter darf nur weiterversendet oder in Online-Medien und Internet-Angeboten bereitgestellt werden, wenn dies komplett und ohne Änderungen geschieht. Weiterhin ist die Kanzlei Dr. Fuellmich & Associates nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden. Diese Erklärung gilt für alle in diesem Newsletter befindlichen Links, die nicht auf die Internetseiten der Kanzlei zeigen.

----- ENDE TEXT -----

Vielen Dank, Herr Dr. Fuellmich.

Freundliche Grüße
L.B. Werner
(Vors. des SVD)

SVD e.V.
Spessarting 47

63110 Rodgau

T. 06106 / 258830
F. 06106 / 258831

www.s-vd.de, svdmail@s-vd.de

- eingetragen im Vereinsregister Offenbach am Main unter VR 4679 -

- USt-IdNr.: DE208931045 -

- Vorsorglich wird für alle innerhalb dieser Mail angegebenen verlinkten Seiten explizit erklärt, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte dieser Seiten hatten. Deshalb distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten aller verlinkten Seiten, für deren Inhalt und Richtigkeit wir keine Gewähr übernehmen. -